



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Eindrücke der Julirevolution in Deutschland.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

für Schlesien und Breslau in der Selbständigkeit Krakaus lag, welches die Oesterreicher damals — was jetzt vergessen zu sein scheint, aber nicht vergessen sein sollte — unbehindert annectirten.

Eindrücke der Julirevolution in Deutschland.

Die nachhaltigen Einwirkungen der Julirevolution auf das öffentliche Leben unseres Vaterlandes sind nie geläugnet worden. Wir sind aber besser über die Art und Weise, wie sich die französischen Einflüsse auf die liberalen Parteien äußerten, unterrichtet, als über die Stimmung, welche die pariser Nachrichten, der Wechsel der Dinge jenseits des Rheins in den regierenden Kreisen der größeren deutschen Staaten hervorriefen. Darum dürfte es nicht uninteressant sein, aus Aufzeichnungen wohlunterrichteter Männer über die Gesinnungen, Pläne und Wünsche der Höfe in Berlin, Wien, Stuttgart und München einige Mittheilungen zu machen, die uns recht lebendig und deutlich die Anschauungen jener Kreise vorführen, von denen damals doch noch in viel höherem Maße als heute, nach fünfundsiebzig Jahren, die Stellung Deutschlands zu einer so wichtigen Frage abhing. Die Wucht und Bedeutung des eminent nationalen und liberalen Charakters der französischen Bewegung gab hauptsächlich in der Beurtheilung derselben für Aristokraten und Liberale in Deutschland den Ausschlag. Wie sich die Volkspartei, man möchte sagen instinctiv, von den pariser Ereignissen begeistern ließ, fühlten ihre Gegner ebenso lebhaft die Gefahr, die für sie in dem verführerischen Beispiel lag, das jenen von dem linken Rheinufer her gegeben wurde.

Am kühlsten und nüchternsten, freilich auch mit dem größten Unbehagen, weil man sich der eigenen Schwäche wohl bewußt war, sah man in Wien die Lage der Dinge an. Auf den sehr kriegerischen Brief eines kleinstaatlichen Generals antwortet am 24. August 1830 ein österreichischer Staatsmann: „Ihr Brief vom 19. trägt das Gepräge Ihrer Seele. Ich begreife, daß die Begebenheiten in Frankreich so und nicht anders auf Sie wirkten. Diesmal aber, mein theuerster Freund, muß die praktische Vernunft unsere einzige Führerin sein. Die letzte und äußerlichste aller Revolutionen ist nur angefangen, keineswegs beendigt. Hinter den bisherigen Machthabern steht eine andere Partei, die diesen

den Umsturz und der ganzen gesellschaftlichen Ordnung in Europa den absoluten Untergang droht. Was wir auch von dem neuen Könige denken mögen, wir sind gezwungen, wir sind nothgedrungen, seine Erhaltung zu wünschen; car après lui — le déluge! Nehmen Sie hinzu, daß der Stand der Dinge ein ganz anderer als im Jahre 1815, daß keine der großen Mächte zum Krieg gehörig vorbereitet ist, und Sie werden Sich nicht wundern, wenn le maintien de la paix von allen Seiten als das große Lösungswort erschallt. Heute müssen Sie Ihr tapferes Schwert noch in der Scheide halten; gebe Gott, daß Sie es nicht allzufrüh in das Blut der Weltverderber tauchen müssen. Ich sehne mich nach Ihrer Zurückkunft.*) Mit Ihnen zu sprechen wird mir wohl thun. Sie werden mir Muth und Lebenslust einhauchen, die mich allmählig verlassen. Rayneval**) geht morgen, ungerufen und auf gut Glück, nach Paris. Ich sehe aus den neuesten Berichten, daß man uns Herrn Aulaire als außerordentlichen Gesandten schicken will. Alles, was wir von Paris hören, lautet finster und halbsprechend. Leben Sie wohl und sehen Sie in diesen Zeilen das unruhige, geängstigte Gemüth, zugleich aber die unerschütterliche Anhänglichkeit Ihres zc. zc.***)

Ein münchener Brief vom 9. August läßt uns erkennen, daß der Hof und seine Anhänger dieselben kriegerischen Gesinnungen hegten, die den von Wien aus zur Ruhe ermahnten General beseelten, während die Bevölkerung von ganz entgegengesetzten Antipathien erregt wurde. Voll Bewunderung des Betragens und der Tapferkeit der pariser Bevölkerung und voll Abscheu gegen die unloyalen und feigen Handlungen des Ministeriums — so meldet unser Gewährsmann — brenne man in München vor Begierde, sich mit den Franzosen zu vereinigen und mit ihnen gegen Oestreich ins Feld zu ziehen, dem man Schuld gebe, die dem König Karl so verderblichen Ordonnanzen unter der Hand begünstigt zu haben. Es breche der ganze Haß wieder hervor, der den Bayern gegen ihre Nachbarn angeboren zu sein scheine. Im Gegensatz zu dieser Stimmung des Volkes scheine die ultra-royalistische und die fromme Partei (la congrégation) sehr bestürzt und athme nur Rache gegen die französischen Revolutionäre.

In Berlin stand von Anfang an der Entschluß des Königs fest, sich nicht in die Angelegenheiten Frankreichs zu mischen, und die ersten Staatsmänner ertheilten ihm ihre ungetheilte Billigung. Dennoch fühlte man sich

*) Der Adressat war Gesandter eines deutschen Kleinstaates in Wien und in Urlaub abwesend.

**) Der französische Gesandte.

***) Der Schreiber dieses Briefes, von dem mir nur eine Abschrift ohne Namensunterschrift vorliegt, ist, wie ich aus äußern und innern Gründen für sicher annehmen zu dürfen glaube, Herr v. Genß.

von den pariser Ereignissen und den Gefahren, die sie möglicherweise im Gefolge haben könnten, sehr unangenehm berührt. Bei der ersten Nachricht soll der König gesagt haben: „Nachdem ich die Greuel der ersten Revolution erlebt, ihre Folgen gesehen und verderbliche Kriege zu führen gezwungen war, hätte ich gerne mein Alter in Frieden zugebracht, da die gewöhnlichen Angelegenheiten Sorge genug gewähren.“ Die Worte erinnern an Steins Ausruf: „Also noch einmal soll das böse Volk Verwirrung über Europa bringen! Wenn sie einmal losbrechen wollten und mußten, so wollt' ich doch, sie hätten gewartet, bis ich todt wäre!“ Den Ausbruch eines Rheinkrieges hielt man in Berlin, wenn auch nicht für die nächste Zeit, für sehr wohl möglich und rüstete sich im Stillen, damit er den Staat nicht unvorbereitet treffe. Je mehr man sich aller Einmischung und alles dessen enthielt, was einer Herausforderung ähnlich sehen konnte, um so mehr rechnete man auch auf den Enthusiasmus der Nation, wenn ein Vertheidigungskrieg nöthig würde; in den alten Provinzen durfte man wohl mit Gewißheit darauf zählen.

Das Schreiben eines wohlunterrichteten Mannes (aus Berlin vom 20. August) mag hier Platz finden, da es die Stimmung der verschiedenen Kreise des Landes sehr klar zur Anschauung bringt und in seiner unbedingten Anerkennung der preussischen Schlagfertigkeit um so unbefangener erscheint, als der Verfasser ein Süddeutscher ist. „Abgesehen davon“ — heißt es nach dem für unser Thema gleichgiltigen Eingang — „daß ein Angriffskrieg Preußens gegen Frankreich unter den gegenwärtigen Verhältnissen unpopulär wäre, indem unverkennbar auch im preussischen Volke die Stimmung für die Pariser und gegen die Bourbonen ist, ist auch die ganze bekannte preussische Militärverfassung mit ihrer dreijährigen Dienstzeit und dem Landwehrsystem mehr auf einen Vertheidigungskrieg als auf einen Angriffskrieg berechnet. Will Preußen einen Krieg mit Glück führen, so muß es ein Volkskrieg sein, ein bloß politischer Krieg ließe die Nation kalt. Dagegen sind die militärischen Streitkräfte Preußens bedeutend, die Mittel in gutem Zustande und zahlreich, ein Vorzug, den es vor Rußland in diesem Augenblicke hat, dem ein Krieg sehr ungeliebt käme, da es durch den Türkenkrieg mehr erschöpft ist, als man glauben sollte. Wie Oestreich an einem Fehrfieber darniederliegt, wie dessen Militärkräfte durch Vernachlässigung in Verfall gerathen, ist bekannt. Preußen steht dagegen jung und kräftig da. Die Arsenalen sind alle gefüllt, die Regimenter, ja selbst die Landwehr, haben alle zwei complete Anzüge auf den Kammern; die Festungen sind in dem besten Zustande, und in ihnen befinden sich beträchtliche Magazine von Getreide und Mehl, in wohlfeilen Jahren aufgekauft und stets gut erhalten. Zur Mobilmachung sämmtlicher Armeecorps bedarf man etwa neun Millionen Thaler, und diese liegen, nur für diesen Zweck, stets im Staatschatz reservirt. In vierzehn Tagen bis drei Wochen kann jedes Armeecorps auf den Kriegsfuß

organisirt, concentrirt sein. Im Stillen bereitet man sich zur Vertheidigung vor, die Festungen Saarlouis, Luxemburg, Jülich, Wesel, Koblenz werden ohne Geräusch für die möglichen Ereignisse in Stand gesetzt, ja selbst für die rückwärtsliegende Festungslinie an der Elbe werden Vorkehrungen getroffen. Eine bei der trefflichen Organisation geräuschlose Thätigkeit herrscht in der Militärverwaltung.

Der Geist der Armee ist ein guter, den jungen Offizieren wäre ein Krieg nicht unlieb, der sie in Thätigkeit brächte, Avancement und Gelegenheit zur Auszeichnung verheiße; selbst viele Stabsoffiziere und jüngere Generale würden damit zufrieden sein, weil sie Gelegenheit erhielten, vielleicht noch eine Rolle zu spielen, ehe das Alter sie heimsucht und ihre Kräfte abstumpft. Jedoch ist diese kriegerische Stimmung eines Theils der Armee nur passiv, nicht eine fortreisende, wie im Jahre 1806 und beschränkt sich auf stille Wünsche. Im Allgemeinen spricht sich in der Armee keine bestimmte politische Meinung aus; Vaterlandsliebe, Liebe zum Ruhm und vor allen Dingen für den König und sein Haus die unbedingteste Hingebung sind vorherrschend.

Was nun den Geist des Volkes betrifft, nämlich der Masse, so kann man wohl annehmen, daß er bei den Vorgängen in Frankreich fast gleichgiltig geblieben ist. Die Rheinprovinzen und Westphalen möchten davon ausgenommen sein. Nicht so verhält es sich mit der Beamtenwelt, dem Handels- und Lehrstande zc., die vielleicht mehr von den sogenannten freisinnigen Ideen durchdrungen sind als gerade nothwendig wäre. Doch die allgemeine Liebe zum König mildert und mäßigt hier alles.

Im Gegensatz zu der oben erwähnten Classe des Beamten, Handels- und Lehrstandes stehen die adligen Gutsbesitzer, einige wenige Staatsdiener, höhere Militärs und besonders Hofleute aus den Umgebungen des Prinzen, die zwar alle zusammen die Minorität ausmachen, aber sich desto lauter zu dem entgegengesetzten System bekennen und dafür aussprechen, da es ihnen gelungen, wenigstens dem Anschein nach, den Kronprinzen dafür zu gewinnen.

Einen beklagenswerthen Nebelstand bringen die Umgebungen des Kronprinzen hervor, da diese entweder, der angenommenen und verbreiteten Meinung nach, zu den Pietisten oder Absolutisten gehören sollen, nämlich sie bewirken, daß der Kronprinz in gewisser Art an Popularität verliert, und daß man mit Bangigkeit einem dereinstigen Regierungswechsel entgegensteht. Gerade jetzt, bei den Ereignissen in Paris, sind dem Kronprinzen bei seiner Lebhaftigkeit vielleicht nichts bedeutende Aeußerungen entschlüpft, die unkluger und unrechtere Weise von den Umgebungen verbreitet werden, aber im Volke Wurzel fassen und dem Prinzen vielleicht in unverdienter Weise die Gemüther abwenden.

Viele erwarteten anfangs, es würden von Preußen Anträge an den deut-

ſchen Bundeſtag ergehen; jedoch hat ſich Graf Bernſtorff dagegen erklärt, weil man nicht von der Vorausſetzung ausgehen könne, als ſei Deutſchland durch die Vorgänge in Frankreich bedroht. Sollten die Umſtände ſich ändern, ſo wird das preußiſche Cabinet nicht unterlaſſen, ſich mit den deutſchen Staaten in Communication zu ſetzen.“

Die Haltung Preußens wurde auch nicht durch die Nachrichten aus St. Petersburg geändert, welche meldeten, daß der Kaiſer von Rußland die Ereigniſſe in Paris ſehr ernſthaft genommen und dem preußiſchen Geſandten ſeine Abſicht angekündigt habe, augenblicklich alle Verbindung mit Frankreich abzubrechen, ſeinen Geſandten zurückzurufen u. ſ. ſ. Dieſe ruſſiſchen Anſchauungen zu adoptiren, fand man in Berlin keineswegs von dem Intereſſe Preußens geboten, und ſah vielmehr die Haltung Englands für maßgebend an, mit dem man in beſonders guten Beziehungen ſtand, ſeit ſich die britiſche Regierung in Bezug auf die Niederlande ſo ausgesprochen hatte, wie es den preußiſchen Intereſſen zuſagte. Trozdem bereitete die gegen Ende Auguſt ziemlich unerwartet angekündigte Ankuft des Grafen von Lobau, des franzöſiſchen Geſandten, der die Thronbeſteigung Ludwig Philipps notificiren ſollte, in Berlin einige Verlegenheit, da man ſich dadurch genöthigt ſah, gleichſam die Initiative zu ergreifen, welche — wie unſer Gewährsmann meint — „nicht ganz im Charakter der preußiſchen Regierung oder vielmehr nicht in der Perſönlichkeit des Königs liege.“ Anfangs dachte man daran, den Aufenthalt des Königs in Parey bei Poſtdam, wo er in der Regel Niemand ſah, und die bevorſtehenden Herbitübungen der Garden dazu zu benutzen, den franzöſiſchen Abgeſandten einige Zeit warten zu laſſen; aber man kam doch wieder von dieſer leicht zu durchſchauenden Ausflucht zurück, und noch vor Ende des Monats wurde Graf Lobau von Friedrich Wilhelm dem Dritten empfangen.

Eine andere drohende Verlegenheit erſchien nur am Horizont der politiſchen Gerüchte, um ſofort als bloßes Schemen erkannt zu werden. Es war die Nachricht, als beabſichtige König Karl der Zehnte ſeinen künftigen Aufenthalt zu Moritzburg in Sachſen zu nehmen, wo man denn auch von Seiten des preußiſchen Hofes Pflichten der Höflichkeit zu erfüllen gehabt hätte, die leicht der Mißdeutung fähig geweſen wären. Die ſächſiſche Regierung erklärte auf eine bezügliche Anfrage vertraulich, daß bis den 24. Auguſt deſhalb noch kein Anſuchen an ſie geſtellt worden ſei, daß jedoch, wenn auch ein derartiges Geſuch erfolgen ſollte, man es in Dresden auf höfliche Weiſe abzulehnen gedenke.

Indeſſen hatte man in Wien doch nicht ganz unthätig den Wechſel der Dinge in Frankreich beobachtet. Der Fürſt Metternich gedachte bei dieſem Anlaß wieder einmal der Welt das Schauſpiel einer gemeinſamen Politik der drei Mächte der heiligen Allianz vorzuführen. Ende Auguſt machte er dem k. preußiſchen und dem kaiſ. ruſſiſchen Hofe folgende drei Propoſitionen:

1) sich jeder Intervention in die innern Angelegenheiten Frankreichs zu enthalten, indem man sonst zu befürchten hätte, daß alle Parteien sich gegen das Ausland vereinigen und einen höchst gefährlichen Krieg herbeiführen würden;

2) den König Ludwig Philipp unverzüglich anzuerkennen, damit die dermalige französische Regierung sich möglichst consolidire und der Anarchie vorgebeugt werde;

3) eine Ministerconferenz zu etabliren, um die Maßregeln zu berathen, welche zu ergreifen seien, wenn die Franzosen ihre Principien auf fremden Boden zu verpflanzen suchten, und so die Ruhe der Nachbarstaaten bedrohten. Hierbei wurde bemerkt, daß Berlin der geeignetste Ort zu einer solchen Conferenz sein dürfte, da dasselbe in der Mitte zwischen den verschiedenen Höfen von Wien, Petersburg, London und Paris liege.

Graf Bernstorff, der preußische Ministerpräsident, erwiderte hierauf, daß der k. preußische Hof mit den beiden ersten Punkten vollkommen einverstanden sei, indem man allerdings alles vermeiden müsse, was die französische Nation reizen oder Anarchie herbeiführen könnte. Aus demselben Grunde müsse er sich aber gegen den dritten Vorschlag erklären, weil eine Ministerconferenz wie die zu Paris und London etablirten,*) bei Frankreich den Verdacht erregen müßte, Oestreich, Preußen und Rußland meinten es mit der Anerkennung Frankreichs nicht aufrichtig und führten andere Absichten im Schilde. Gleichwohl stehe nichts im Wege, daß die Gesandten von Oestreich, Preußen und Rußland sich vertraulich die Ansichten ihrer Höfe über alle vorkommenden Fälle mittheilten und so ein Zusammenwirken zu gleichen Zwecken herbeiführten.

Graf Nesselrode, der russische Minister, war mit dieser Ansicht Preußens persönlich vollkommen einverstanden, und reiste sofort nach Petersburg ab, um sie bei dem Kaiser geltend zu machen. Der Czar fuhr fort, der Idee der Anerkennung Ludwig Philipps zu widerstreben, den er nur als „Generallieutenant des Königreichs“ betrachten zu können erklärte. Aber die Entschiedenheit, mit der in dieser Frage Oestreich und Preußen sich von seiner Politik los sagten, drängte auch ihn schließlich zu dem ungeru vollzogenen Schritte. Am 18. September sprach Kaiser Nikolaus in einem von Zarstoe-Selo datirten Schreiben die Anerkennung Ludwig Philipps aus, nachdem die beiden verbündeten deutschen Staaten ihm mit diesem Acte vorangegangen waren. Das Schreiben ist charakteristisch genug, um der vollständigen Mittheilung werth zu sein. Es lautet:

„J'ai reçu des mains du général Athalin la lettre, dont il a été por-

*) Zur Regelung der niederländisch-belgischen Frage.

teur. Des événements à jamais déplorables ont placé V. M. dans une cruelle alternative. Elle a pris une détermination qui Lui a paru la seule propre à sauver la France de plus grandes calamités et je ne me prononcerai pas sur les considérations qui ont guidé V. M. Mais je forme des vœux pour que la Providence Divine veuille bénir Ses intentions et les efforts qu'Elle va faire pour le bonheur du peuple français. De concert avec mes Alliés je me plais à accueillir le désir que V. M. a exprimé d'entretenir des relations de paix et d'amitié avec tous les états de l'Europe. Tant qu'elles seront basées sur les traités existans et sur la ferme volonté de respecter les droits et obligations ainsi que l'état de possession territoriale qu'ils ont consacrés, l'Europe y trouvera une garantie de la paix si nécessaire au repos de la France elle-même. Appelé conjointement avec mes Alliés à cultiver avec la France sous son nouveau Gouvernement ces relations conservatrices, j'y apporterai pour ma part toute la sollicitude qu'elles reclament et les dispositions dont j'aime à offrir à V. M. l'assurance en retour des sentimens qu'Elle m'a exprimés. Je La prie d'agréer en même temps celle" etc. etc.

Auch an den Bundeſtag trat die Frage der Anerkennung des neuen Souveräns heran. Die materielle Entscheidung war hier gegeben, nachdem sich die beiden Großmächte ausgesprochen hatten. Es konnte sich sonach nur noch um die geeignete Form handeln, in welcher dieselbe auszusprechen sei. Es sind deshalb auch nur einige kleine diplomatische Formalitäten, die wir aus Frankfurt zu melden haben. Der Marquis de Dalmatie war hier mit der Notifikation der Thronbesteigung Ludwig Philipps beauftragt, und es steht in den Papieren, die vor uns liegen, verzeichnet, daß er sich auf den Karten, die er bei seiner Tournee bei dem diplomatischen Corps abgab, „Envoyé de S. M. le Roi des Français“ nannte. Das diplomatische Corps erwiederte seinen Besuch, aber der Präſidialgeſandte Freih. v. Münch, dem der Marquis das Schreiben Ludwig Philipps an den Bund überreicht hatte, befand sich in tausend Nöthen wegen der nicht zu vermeidenden Einladung des Geſandten. Zuerst dachte er dem Marquis ein gewöhnliches Diner zu geben, wie jedem ausgezeichneten Fremden, nicht aber ein diplomatisches in Uniform, wie es sonst bei dem ersten Erscheinen fremder Geſandten nach ihrer Accredirung üblich war, schließlich aber entschloß er sich nur zu einem ganz kleinen Diner, zu dem er niemand zuzog als die Geſandten von Oldenburg und Mecklenburg, bei deren Höfen der Marquis ebenfalls die Thronbesteigung zu notificiren hatte.

Außer diesen schweren Sorgen des Freih. v. Münch weiß unser Gewährsmann nur noch mitzutheilen, daß der Marquis ein Empfehlungsschreiben des bayrischen Geſandten in Paris, Baron Pfeffel, an den bayrischen Bundeſtags-

gesandten, Baron Lerchenfeld, mitbrachte, was Aufmerksamkeit und Verdacht gegen die bayrische Politik unter den Gesandten erregt haben soll.

Uebrigens erfolgte Anfangs October die Anerkennung des Bürgerkönigs durch den Bundestag, nicht ohne daß das betreffende Schreiben vorher durch den Freih. v. Münch dem k. k. österreichischen Hofe vorgelegt und von dem Fürsten Metternich „sehr schön und den Verhältnissen vollkommen entsprechend“ gefunden wurde. Es ist in den Bundestagsprotokollen abgedruckt.

Wir haben gesehen, daß das Motiv der so rasch erfolgten Anerkennung der neuen Ordnung der Dinge in Frankreich durch die Großmächte vor allem die Erkenntniß war, daß von den möglichen Uebeln, welche die Julirevolution in Aussicht gestellt hatte, die Regierung Ludwig Philipps immer noch das kleinste sei. Sie betrachtete man in Wien und in Petersburg als die einzige gegebene Garantie für die Ruhe Frankreichs. Als sich diese Voraussetzung nun aber nicht vollständig zu erfüllen schien, als die Octoberaufstände in Paris neue Verwirrungen einzuleiten schienen, als in Deutschland da und dort Unruhen ausbrachen, und die liberalen Ideen einen neuen mächtigen Aufschwung nahmen, als Bayern und Württemberg bei den Abstimmungen am Bunde den Widerstand des Jahres 1819 erneuerten und neuerdings dem metternichschen System Opposition zu machen begannen, da glaubte der Fürststaatskanzler die Zeit gekommen — wenigstens der russischen Unterstützung jetzt sicherer als ehedem zur Zeit Kaiser Alexanders — sich wieder an die Spitze einer reactionären Politik zu stellen. Zunächst sollte Bayern dem wiener Hofe wiedergewonnen werden. Der bayrische Gesandte in Wien, Graf Bray, wurde an den König Ludwig entsendet, um zuerst in Metternichs Auftrag Auskunft über die politischen Absichten des Königs zu verlangen, dann zum engsten Anschluß an Oestreich aufzufordern, endlich den länderüchtigen König mit dem Versprechen des einstigen Besitzes der badischen Pfalz, den eiteln und ehrgeizigen Fürsten Brede mit der Aussicht auf den Feldherrnstab der Bundesarmee zu ködern. In Stuttgart wurden ähnliche Eröffnungen gemacht. Eines wollte Metternich um jeden Preis erringen: entweder eine Offensiv- und Defensivallianz mit beiden süddeutschen Staaten oder eine Trennung ihres sichtbaren Einverständnisses durch Erweckung gegenseitigen Mißtrauens.

Ende November kam auch ein außerordentlicher Gesandter des russischen Hofes, Graf Potemkin, nach München, um die Theilnahme des Königs von Bayern für den Fall eines Krieges mit Frankreich zu sichern.

Aber keiner von beiden fand ein geneigtes Ohr. Man begann in München und Stuttgart sich der preussischen Ansicht anzuschließen, die fortfuhr, jede offene Einmischung als gefährlich und unheilbringend zu betrachten. Zwar gab es in München so gut als in Berlin eine Partei, die zum Losschlagen drängte, wie dort den Kronprinzen, betrachtete man hier den Prinzen Karl, den Bruder des

Königs, als ihr Haupt, und es blieb nicht unbemerkt, daß der Prinz in diesen Tagen seine Feldequipagen hatte in Stand setzen lassen.

Von König Wilhelm von Württemberg aber ging damals der Plan aus, dem Drängen Oesterreichs und Rußlands gegenüber eine bewaffnete Neutralität der kleineren deutschen Staaten unter Anlehnung an Preußen aufzustellen, für den Fall einer Betheiligung an dem Kriege aber einen Militärverein dieser Staaten, immer im Einvernehmen mit Preußen, zu gründen und sich auf diese Weise die Selbständigkeit der Entscheidung möglichst zu sichern. Die Idee wurde zunächst nur in sehr engen Kreisen ventilirt, aber es fehlte trotzdem nicht an einer lebhaften Gegenagitation der Anhänger des österreichischen Hofes. Trotzdem glaubte man bei einer etwaigen Abstimmung in Frankfurt sicher auf 28 Stimmen für die Neutralität des Bundes im Falle eines Krieges rechnen zu dürfen. Und Preußen zeigte sich beiden Plänen: der Bundesneutralität und dem süddeutschen Militärverein sehr geneigt. Als der blinde Kriegslärm verklungen war, kam auch diese Idee, wie so viele Anläufe zu Reformen im deutschen Bunde, rasch in Vergessenheit. Die „Staatskunst“ des Fürsten Metternich aber fand bald wieder in der Behandlung der Preßangelegenheit ein würdiges Feld der Thätigkeit. Die ganze Wucht des reactionären Ingrimmes gegen die französischen Revolutionäre wurde im Verlauf der nächsten Jahre auf die deutschen Liberalen — Männer und Staaten — geworfen. Die wiener Conferenzen von 1834 waren der siegreiche Ausgang dieses mit den Ideen von 1830 geführten Kampfes.

Aus Mecklenburg-Schwerin.

Der Kampf des Herrn v. Dergen gegen den deutschen Nationalverein.

Herr v. Dergen, unser Minister des Auswärtigen und des Innern, hat in den letzten Jahren einen großen Theil seiner Thätigkeit auf die Bekämpfung eines Vereins verwandt, welcher in ganz Deutschland außerhalb der obotritischen Grenzpfähle und selbst in Mecklenburg-Strelitz unangefochten und unter dem Schutze der Geseze besteht, welcher in seinen Statuten die ausdrückliche Bestimmung enthält, daß das Ziel, die Einheit und Freiheit der deutschen Nation, nicht anders als mit gesetzlichen Mitteln erstrebt werden soll, und welchem